

Souveränitätslücke,
Interessenlücke und
Machtlücke sind
zu überwinden

Atlantische Gemeinschaft zwischen Misstrauen und Vitalität

Ludger Kühnhardt

Es gibt eine neue transatlantische Tagesordnung, aber wir wissen noch nicht so recht, wie sie zu füllen ist. Über mehr als fünfzig Jahre war die transatlantische Allianz der Eckstein der westlichen Welt. Nach den großen historischen Erfolgen, die zur friedlichen Überwindung des Kalten Krieges geführt haben, ist es mehr als erstaunlich, dass die transatlantischen Beziehungen in der jüngsten Zeit eher durch ihre Grenzen definiert scheinen als durch einen unzweifelhaften Zukunftsauftrag. Rivalitäten in wirtschaftlichen Fragen mögen die natürliche Folge der Globalisierung und des Wettbewerbes zwischen starken Partnern sein. Die Öffnung der NATO für neue Mitglieder und die faktische Einbeziehung Russlands mögen die angemessene Vorbereitung auf die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein; manche meinen hingegen, die NATO sei unterdessen tot, und die Europäische Union werde aufgrund der neuen Partnerschaft von Russland und den USA zunehmend zwischen den eisigen Rivalen des Kalten Krieges aufgerissen. Trotz der großen Solidarität mit den USA nach den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 sei Europa, namentlich die Europäische Union, marginalisiert geblieben im bisherigen Krieg gegen den Terrorismus.

Wahr ist auch: Die große Sympathie, die den USA in Europa nach den furchtbaren Terroranschlägen des 11. September 2001 entgegenschlug, ist von der amerikanischen Regierung nicht immer in der denkbar geschicktesten Weise genutzt

worden, um den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz zu fördern; bald war viel von unilateralem amerikanischen Verhalten und fast nurmehr von den fehlenden Kapazitäten der Europäer im Militärbereich die Rede. Manche in Europa meinten sogar, dass die Frage nicht mehr laute, was gegen den Terrorismus zu tun sei, sondern wie man es denn mit den USA halten solle. In den USA ist die latente Geringschätzung des europäischen Beitrages zum globalen Krieg gegen den Terror ebenso wenig zu übersehen gewesen wie Distanz und Reserve, wenn nicht Zweifel und bisweilen fast so etwas wie Verachtung gegenüber der Europäischen Union. Was immer Diplomaten und Politiker vor laufenden Kameras sagen: Anti-Amerikanismus in Europa und Europa-Schelte in den USA bedingen einander und haben sich in der letzten Zeit merklich gegenseitig hochgeschaukelt.

Tatsächlich ist es paradox, dass die transatlantischen Partner einerseits enger miteinander verbunden sind denn je, andererseits aber ihre Unterschiede immer stärker betonen. Immer häufiger werden gemeinsame Werte angerufen, aber ihre Interpretation führt zu divergierenden politischen Schlussfolgerungen. Je mehr über gesellschaftliche Vorgänge „disputiert“ wird – von der Todesstrafe über das Bildungssystem und die in Europa so gerne mit Verachtung aufgerufenen „amerikanischen Verhältnisse“ –, desto schriller werden die Stereotypen. Dabei ist es eine offene Frage, wie sehr diese Eindrücke die Folge unterschiedlicher politi-

scher Mehrheiten in den vergangenen zwei Jahren zwischen einer konservativen Administration in den USA und mehrheitlich Mitte-links-orientierten Regierungen in Europa waren oder auf strukturelle Unterschiede und Entwicklungen zurückgeführt werden müssen. Jedenfalls gibt es allen Anlass, nach Wegen zu suchen, um die transatlantischen Beziehungen auf eine vitalere und breitere Basis zu stellen, als dies in den vergangenen Jahren angesichts des Rückgangs der Bedeutung der NATO und der Zunahme wirtschaftlicher und sozio-kultureller Faktoren der Fall gewesen ist.

Es ist jedenfalls Besorgnis erregend, dass die transatlantischen Beziehungen in ihrer politischen Dimension häufig von der Neigung geprägt scheinen, wechselseitige Vetokapazitäten über das tatsächliche oder vermeintlich geplante Verhalten des jeweils anderen Partners aufzubauen. Die atlantischen Beziehungen werden heute trotz aller großen politischen Rhetorik mehr von ihren Grenzen als von ihren Möglichkeiten und Aufgaben her gesteuert.

In Europa gibt es nicht wenige, welche die europäische Integration als ein Projekt der Emanzipation von den USA sehen möchten. In den USA gibt es nicht wenige, die den Europäern wenig Erfolg auf dem weiteren Weg der Integration zutrauen, einschließlich hinsichtlich eines dauerhaft erfolgreichen Euro. Furcht voreinander und Misstrauen gegeneinander sind schlechte Ratgeber für eine gedeihliche Zukunft. Für die Stabilität der Weltwirtschaft ist beides unerfreulich und gefährlich.

Wenn die USA und Europa zusammenstehen, können sie alles erreichen, was sie sich vorgenommen haben, so ist gesagt worden; wenn sie aber gegeneinander agieren, so erreicht keiner von beiden etwas. Gelegentlich von Gipfeltreffen der EU und der USA wird der Charakter der atlantischen Beziehungen als Motor

der Stabilität und des Wohlergehens gepriesen. Damit dies auf Dauer durch das 21. Jahrhundert hinweg tatsächlich so bleiben kann oder dort wieder werden kann, wo Zweifel an Relevanz und Substanz der Atlantischen Gemeinschaft aufgekommen ist, bedarf es mehr als nur der Rhetorik. Es bedarf eines erneuerten mentalen und faktischen Rahmens, in dem Sinn und Auftrag der Atlantischen Gemeinschaft und des sie tragenden *acquis atlantique* wieder sichtbarer und allseits plausibel werden.

Um eine neue *grand strategy* für die Atlantische Gemeinschaft zu erarbeiten, müssen vorab die strukturellen Unterschiede identifiziert werden, die diesem Ziel derzeit entgegenstehen. Eine Reihe von Differenzen sind im geschichtlich gewordenen Verhalten der USA und Europas begründet. Amerikaner, so heißt es immer wieder, denken systemisch und strategisch, Europäer hingegen historisch und organisch. Auf der Suche nach einer stabilen Weltordnung, von der beide Partner miteinander seit dem Beginn des Terrorkrieges am 11. September 2001 weiter entfernt sind denn je, ist es notwendig, drei fundamentale Erfahrungsunterschiede zwischen den USA und Europa deutlich zu charakterisieren, die derzeit einer gleichwertigen und von vollem Vertrauen getragenen Partnerschaft entgegenstehen.

Begriff der Souveränität

Der derzeit stärkste Unterschied zwischen Amerika und Europa betrifft den Begriff der Souveränität und die daraus abgeleiteten Folgen für Recht und Politik. Dies ist nicht bloß eine akademische Debatte, sondern eine eminent politische. Seit den Tagen der Westfälischen Friedensverträge im 17. Jahrhundert waren das Konzept des Staates und jenes der Souveränität auf das Engste miteinander verbunden. Während Staatlichkeit zum organisierenden Prinzip der Weltpolitik wurde, hat der Souveränitätsbegriff der geografischen Realität

eines jeden Staates politische und juristische Bedeutung gegeben – zuletzt wieder in Osttimor. Souveränität, so hat alle neuzeitliche politische Philosophie gelehrt, ist das Skelett einer echten Staatlichkeit. Sein innerer Blutkreislauf besteht aus der souveränen Fähigkeit, das eigene Schicksal zu bestimmen, vor allem in Angelegenheiten der Geldsouveränität, der Rechtssouveränität und der Souveränität in der Kriegsführung.

In allen drei Bereichen hat die Europäische Union in den vergangenen zehn Jahren massive Sprünge unternommen, um bisherige nationale Souveränitätstitel zusammenzuführen. Der Euro, der europäische Haftbefehl und die Entwicklung einer Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben nicht nur zu einer neuen politischen Form *sui generis*, sondern auch zu einem neuen europäischen Souveränitätsbegriff, zu einem europäischen Souverän *sui generis*, geführt. „Souveränitätszusammenschluss“ ist für viele zu einem Mantra der europäischen Integration geworden. Vieles ist bisher unvollständig, vieles höchst umstritten geblieben. Aber in Europa hat sich die Erfahrung zu einem geradezu intuitiven Politikstil verdichtet, wonach der Zusammenschluss nationaler Souveränitätstitel keine Schwächung einzelner, sondern eine Stärkung aller bedeutet. Wem dieses nicht aus sich selbst heraus plausibel erscheint, der akzeptiert gewöhnlich das Argument, dass die Globalisierung die Europäer zu einem gemeinsamen Verhalten zwinge. Für diejenigen Staaten, die neu in die Europäische Union aufgenommen werden wollen, bedeutet die Anerkennung des *acquis communautaire* einen vorweggenommenen Souveränitätsverzicht.

Die Souveränitätslücke

Die Erfahrungen Europas im Umgang mit dem Souveränitätsgedanken haben

die USA nicht mitvollzogen. Im Gegen teil: Seit dem Ende des Kalten Krieges war nurmehr, innerhalb und außerhalb der USA, von der einzigen verbliebenen Supermacht die Rede. Dieser Sachverhalt hat enorme Auswirkungen auf eine Verfestigung des traditionellen Souveränitätsbegriffes in den USA gehabt. Ob man sich die wissenschaftlichen Dispute anschaut, politische Debatten oder – am eindeutigsten – politisches Handeln, so ist unzweideutig festzustellen, dass die Durchlässigkeit des Souveränitätsbegriffes in den USA abgelehnt und bekämpft wird. Jura-Professor Peter J. Spiro hat in der renommierten Zeitschrift *Foreign Affairs* von den „neuen Souveränisten“ gesprochen. Harvard-Politologe Joseph Nye charakterisiert sie als jene, die innenpolitische Kontrolle über alle internatio nalen Angelegenheiten erwarten oder rechtfertigen.

Die Ablehnung des Testwaffenbannes und die Verweigerung der Zustimmung zur Landminenkonvention (noch durch die Clinton-Administration), anhaltende Dispute mit den Vereinten Nationen, zuletzt über die Konvention zum Schutz der Rechte von Kindern, die Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofes und des Kyoto-Protokolles zur Bekämpfung der Erderwärmung, die Pläne einer „Nationalen Raketenabwehr“, zuletzt die De batten über den gerechten Krieg, die Heimatverteidigung und die Rechtfertigung von präventiven Militäraktionen im Krieg gegen den Terror sind die prominentesten Beispiele einer langen Liste. Unilaterale Aktionen der USA gegen den Irak ohne Sanktionierung durch den UNO-Sicher heitsrat würden weiteres Öl ins atlantische Feuer gießen. Zwischen den USA und der Europäischen Union besteht eine Souveränitätslücke. Keine der beiden Seiten ist in besonderer Weise dafür verantwortlich, dass diese entstanden ist. Aber beide müssen sie zur Kenntnis nehmen und um ihre Einhegung besorgt sein. Das bedeutet:

1. Die Europäische Union muss in den USA die Kenntnis über ihre inneren Prozesse besser fördern. „Europa“ ist in den USA nicht mehr so gut präsent, wie es während des Kalten Krieges der Fall war und wie es erforderlich wäre. Von der „Europäischen Union“ wird explizit viel zu wenig gesprochen und noch weniger mit hoher Kompetenz.

2. Die Europäische Union muss die häufig verschlungene, schwierige und langsame Mechanik des inneren Gefüges der Zusammenarbeit in der EU besser vermitteln. Europa wird in den USA primär durch eine NATO-Perspektive betrachtet, die die Komplexität des EU-Gefüges nicht voll abbildet, zumal wenn NATO-orientierte Europäer in den USA auch noch eher EU-skeptisch auftreten.

3. Die Europäische Union muss ihre außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumente rasch und ziel führend stärken, um in den USA als ein relevanter Partner ernst genommen zu werden; ernst genommen wird dort nur ein Partner, der eigenes Gewicht und einen unzweifelhaften Willen in die Waagschale werfen kann, das den neuen globalen Herausforderungen angemessen ist. Nur ein starkes Europa wird in Washington ernst genommen.

Erwartungen an die USA

Von den USA müssen die Europäer erwarten dürfen:

1. Die USA müssen die EU als einen originären politischen Ordnungsrahmen anerkennen, über die Außenhandelspolitik hinaus. Die EU selbst muss in den USA mehr Interesse dafür wecken, als eine neue politische Form respektiert zu werden.

2. Die USA müssen zwischen dem demokratischen Charakter des supranationalen Zusammenschlusses in der EU einerseits und berechtigten Reserven gegenüber undemokratischen Erscheinungsformen in bestimmten internatio-

nalen Gremien andererseits besser unterscheiden. Sie müssen bereit sein wollen, mit Europa für besseres und demokratisches Regieren weltweit einzutreten, was indessen auch voraussetzt, dass die EU selbst eine globale Rolle übernehmen will.

3. Die USA müssen sich entscheiden, ob sie ihre Außenpolitik weiterhin primär auf der Annahme aufbauen wollen, als die einzige Supermacht der Welt aufzutreten, oder ob sie sich an der Ausbildung einer multipolaren Weltordnung beteiligen wollen, ohne dabei ihre eigenen Interessen preisgeben zu müssen. Europa hat keinen Grund, mit dem Finger auf die USA zu zeigen. Viele der Reflexe des dortigen politischen Verhaltens sind Reaktion auf eine unzulängliche Partnerschaftsfähigkeit der Europäer.

Benennung eigener Interessen

Damit ist der zweite fundamentale Unterschied zwischen den USA und der Europäischen Union berührt: die Fähigkeit, eigene Interessen zu benennen. Bisher gibt es nicht so etwas wie eine klar definierte Vorstellung von „europäischen Interessen“ im globalen Rahmen und in außenpolitischen Fragen. Naturgemäß existieren auch unterschiedliche, teilweise gar gegenläufige amerikanische Interessen in der Weltpolitik. Anders als in Europa zeigen die entsprechenden amerikanischen Debatten hingegen einen starken intellektuellen Fokus, und sie spiegeln sich immerhin in nachvollziehbaren politischen Handlungen wider. Der Begriff „amerikanische Interessen“ hat sich über einen langen Zeitraum entwickelt. Die Europäische Union wird viel Geduld aufbringen müssen, um Ähnliches zu erreichen. Die europäische Tradition bleibt anhaltend geleitet von spezifischen nationalen Interessen.

Amerikaner verfügen über Code-Wörter zur Benennung verschiedener Positionen in außenpolitischen Debatten, um die

sie die Europäer einstweilen nur beneiden können. Wenn Amerikaner von einer Jeffersonschen oder Jacksonschen, von einer Hamiltonschen, Rooseveltischen oder Wilsonschen Tradition sprechen, wissen sie, was sie meinen. Europäer hingegen denken zuerst an britische, französische, deutsche oder andere spezifisch nationale Prägungen. Die nationalen Prägungen haben enorme Mutationen erfahren, aber es gibt allerorten Erinnerungen und Nachwirkungen.

Die Ursachen für die Interessenlücke zwischen der EU und den USA sind mithin historisch, aber auch normativ. Seit eh und je ist Europa von divergierenden außenpolitischen Interessen geprägt gewesen, und es ist daher anhaltend schwierig, das Institutionengefüge in der Europäischen Union so zu entwickeln, dass die Formulierung europäischer Interessen griffiger und wirkungsvoller geschieht. Es beginnen sich vereinzelte europäische Interessenlinien in spezifischen Fragen abzuzeichnen – von EU-Interessen in der ASEAN-Region bis zu europäischen Interessen im Raum der Ostsee. Aber ein konsistentes Gefüge europäischer Interessen in der Welt ist erst sehr langsam im Entstehen. Erste Versuche der EU, Interessen zu benennen wie beispielsweise 1999 in einer Strategie gegenüber Russland, klingen eher nach diplomatischem Communiqué als nach harter Interessendefinition.

Gegenläufige Kriegserfahrungen

Die am stärksten nachwirkende Ursache für die Interessenlücke zwischen der Europäischen Union und den USA hängt mit den gegenläufigen Erfahrungen der Amerikaner und der Europäer mit Ursachen und Auswirkungen von Kriegen zusammen. Trotz großer eigener Verluste hat sich im amerikanischen kollektiven Gedächtnis der Krieg mehr oder minder als eine im Ergebnis positive Erfahrung eingeprägt. Nicht dass Krieg zur Bewältigung von Konflikten wünschenswert

wäre, aber mit Ausnahme des Vietnam-Krieges, über dessen Bedeutung Amerikaner bis heute miteinander im Streit liegen, haben die meisten Kriege, in die Amerikaner involviert waren, letztlich zu guten Ergebnissen geführt: Krieg führte zur Unabhängigkeit, er sicherte die Einheit der Union, er besiegte den Totalitarismus der Nazis, rettete Südkorea davor, in die Hände des chinesischen oder sowjetischen Totalitarismus zu fallen, befreite Kuwait und brachte erst unlängst Frieden und neue Freiheit nach Afghanistan. Krieg war immer das letzte Mittel der amerikanischen Politik; aber der Sinn dafür ist stark ausgebildet, dass Kriege, wenn sie denn schon unvermeidlich geworden sind, für die Sache der Freiheit gefochten werden mussten und schließlich fast immer auch gewonnen wurden – mit Vietnam als der großen Ausnahme.

Europas Erfahrung ist gegenläufig. Kriege haben das Leid, die Zerstörung und die Selbstentmachtung über Europa gebracht, von der der Kontinent sich im Zeichen der EU nun langsam wieder erholt. Vornehmstes Interesse der Europäer ist es, unter allen Umständen den Krieg zu verhindern, und die Erfahrung zeigt, dass, wo immer ihnen dies gelungen ist, Europa die besten Zeiten des 20. Jahrhunderts erlebt hat. Erst langsam beginnt sich die Vorstellung zu verbreiten, dass Kriege außerhalb des institutionalisierten Raumes der EU durch Europäer für die Sache der Menschenrechte gefochten werden können, vielleicht sogar gefochten werden müssen. Die jugoslawischen Erbfolgekriege waren eine Wasserscheide, die Beteiligung europäischer Nationen am Krieg gegen die Taliban in Afghanistan bestärkt die neue Erfahrung. Aber die sich langsam verändernde Vorstellung vom Krieg als einem letzten Mittel der Politik zum Zwecke der Sicherung von Menschenrechten bleibt eng mit der Vorstellung multilateraler Politik als eines Zweckes an sich verbunden. Amerikanische Neigungen,

Multilateralismus bloß als eine Frage der Gelegenheit und der Umstände zu bejahen, trennen die USA von Europa. Der anhaltende Krieg gegen den Terrorismus und die Frage der Bedeutung von *peace-keeping* und *nation-building* in zerfallenen Staaten dürften Gegenstand weiterer transatlantischer Dispute bleiben.

Die Europäische Union muss nicht nur ihren politischen Willen verstärken, um gemeinsame europäische Interessen glaubhaft zu artikulieren. Sie muss auch die institutionellen Vorkehrungen dazu treffen. Dazu gehört die dringend gebotene Zusammenlegung der Aufgaben des EU Kommissars für Außenbeziehungen und des Hohen Repräsentanten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik unter dem Dach der EU-Kommission und (wie der Kommissionspräsident selbst) verantwortlich gegenüber einer Mehrheit des Europäischen Parlamentes.

Im Unterschied zu den anhaltenden Defiziten bei der Entwicklung gemeinsamer europäischer Interessen und vor allem bei der Praxis einer Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik war die EU erfolgreich in der Erarbeitung gemeinsamer Interessen in der Außenhandelspolitik. Trotz Disputen in Einzelfragen hat sich in diesem Bereich eine solide Interessenkongruenz mit den USA eingestellt. Dies zeigt die Fähigkeit der atlantischen Partner zu interessengeleiteter Kooperation, die zum Wohle der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen der WTO und der Doha-Runde zur Handelsliberalisierung globale Auswirkungen hat. Einen ähnlichen Mehrwert würde man sich von den atlantischen Partnern auch in anderen Politikbereichen erhoffen.

Der Begriff der Macht

Damit verbunden ist der dritte fundamentale Unterschied zwischen der Europäischen Union und den USA: der Begriff der Macht und seine Anwendung. Amerikas Macht gründet in einer kontinenta-

len Wirtschaft, einer weltweit unvergleichbaren militärischen Infrastruktur, einer einzigartigen Kapazität an Spitzenausbildung und -forschung sowie der globalen Ausstrahlung seiner Werte und seines Lebensstils. Während die militärische Macht der USA unipolar und weltweit unvergleichbar ist, ist die wirtschaftliche Macht multipolar verteilt und die EU unterdessen faktisch gleichwertig mit den USA. Die transnationalen Beziehungen und kulturellen Attraktionen und Entwicklungen, einschließlich der Aktivität von Nichtregierungsinstitutionen, sind weltweit gestreut und folgen nicht einem einzelnen nationalen Machtzentrum. Joseph Nye nennt dies die drei Ebenen des Schachbretts der Macht. Die EU und die USA sitzen offenkundig nicht immer an symmetrischen Schachtischen. Zuweilen hat es sogar den Anschein, als säßen sie sich gegenüber anstatt nebeneinander.

Es besteht eine Machtluke zwischen der EU und den USA. Die EU weist erhebliche Defizite darin auf, ihre wirtschaftliche Macht in strategische und außen- sowie verteidigungspolitische Macht zu übersetzen. Die USA sind im Gegenzug in der Gefahr, militärische Macht losgelöst von anderen Erwägungen zu betrachten. Je mehr die USA und die EU ihre Unterschiede indessen als Ausgangspunkt der Definition ihrer Beziehungen nehmen, desto wahrscheinlicher wächst die Verwunderung übereinander. Sie kann in Sprachlosigkeit zwischen ihnen und in eine Situation einmünden, wo die beiden atlantischen Partner sich selbst primär gegeneinander definieren. Statt Ergänzung in Andersartigkeit greift Abgrenzung durch Betonung der jeweiligen Eigenheiten um sich.

Die atlantischen Beziehungen müssen den Hang zu Identitätsdiskussionen übereinander überwinden und zu einer erneuerten gemeinsamen globalen Rolle finden. Dies allein ist ihrer beider Bedeu-

tung im 21. Jahrhundert und angesichts neuer globaler Herausforderungen angemessen. Dabei müssen nicht immer gemeinsame Positionen vertreten werden. Es kann durchaus nützlich und wirkungsvoll sein, wenn die USA und die EU sich „bloß“ ergänzen.

Komplementarität ist nicht immer der schlechteste Kompass in der Weltordnung. Unterschiede und Gegensätze können Teil einer vitalen Partnerschaft sein. Aber diese darf nicht ständig in der Gefahr stehen, durch ihre inneren Widersprüche in der Einschätzung der gemeinsamen Aufgaben oder auch nur durch Reibereien definiert zu werden. Denn so könnte aus der Machtlücke eine wechselseitige Glaubwürdigkeitslücke werden, wo jede Seite der anderen mangelhafte Glaubwürdigkeit vorhält, anstatt nach Gemeinsamkeiten in Ziel, Strategie und Taktik zu fragen.

Die Europäische Union muss sich aufmachen, die Machtlücke institutionell und finanziell zu schließen. Es ist nicht weiterführend, die USA zu kritisieren, denn nur die EU allein kann eine handlungsfähige Außen- und Verteidigungspolitik aufbauen mit einer europäischen Armee, die in Verbindung zur NATO und nicht im Gegensatz zu ihr steht, mit einem Generalstab und einem gestärkten Verteidigungsbudget für ausreichende Kapazitäten, von denen in Washington in diesen Monaten so viel die Rede ist. Gemeinsam stellen die EU und die USA rund fünfzehn Prozent der Weltbevölkerung, die rund fünfzig Prozent der Weltressourcen verbrauchen und mehr als fünfzig Prozent der Güter dieser Welt produzieren. Beide können nicht auf Dauer in Frieden und Stabilität leben, wenn sie nicht gemeinsam globale Verantwortung übernehmen und eine globale Rolle ausfüllen, die ihnen in jeder Hinsicht angemessen ist. Der Krieg gegen den Terrorismus gibt nur eine Vor-

ahnung dessen, wovon das 21. Jahrhundert geprägt sein könnte.

Drei Folgerungen sind aus der bestehenden Machtlücke zu ziehen:

1. Die EU muss institutionelle und konstitutionelle Kohäsion erreichen und von der Währungsunion zur politischen Union mit einer Verfassung und einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gelangen, um in den USA ernst genommen zu werden. Die EU muss zur Übernahme einer globalen Rolle willens sein und sich selbst befähigen.

2. Die USA müssen bereit sein, eine Außenpolitik zu verfolgen, die, wie Henry Kissinger es formuliert hat, Macht in Konsens verwandeln kann, damit die internationale Ordnung auf Zustimmung und nicht auf unterschwelliger Einschüchterung beruht.

3. Die EU und die USA müssen gemeinsam eine globale Rolle im 21. Jahrhundert ausfüllen, sonst ist ihre eigene Verbindung vom Scheitern bedroht. Der *acquis atlantique*, der sie verbindet, muss von der Anrufung gemeinsamer Werte, großer Erfahrungen und der Pflege etablierter Interessen zu einer gemeinsamen globalen Rolle finden.

Die Ausformulierung entsprechender Strategien und Politikkonzepte wird nicht einfach werden angesichts der bestehenden dreifachen Lücke an Erfahrungen und Verhaltensweisen. Aber die Proben von Dissens und Disput in den vergangenen Jahren waren heftig genug, um endlich wieder die Richtung zugunsten einer gemeinsamen Wahrnehmung der Zukunft, ihrer Bedrohungen und ihrer Chancen in globalem Zusammenhang einzuschlagen. Nur so, durch den Willen zu einer gemeinsamen globalen Rolle, lassen sich die transatlantischen Beziehungen im Zeitalter der derzeit bestehenden dreifachen konzeptionellen Lücke zwischen den EU und den USA revitalisieren.